

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

18.1.1863 (No. 15)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 18. Januar.

N. 15.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 3 kr.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

## Telegramme.

**Frankfurt, 17. Jan.** Die „Europe“ bringt den Wortlaut der dänischen Erwiderung vom 5. d. M. auf die Note Carl Nussells vom 20. Nov. Dänemark erfüllt bezüglich Holsteins — vorbehaltlich, daß dieses nicht Herr der Geschichte der übrigen Theile der Monarchie werde — die Forderungen des Bundes, um jeden Vorwand zu einer Bundesresolution abzuschneiden, widersetzt sich aber bezüglich Schleswigs jeder Aktion des Bundes, und hält die Verbindung desselben mit dem Königreich als Grundbedingung der Existenz des dänischen Staates aufrecht. Der von Nussell befürchtete gewaltsame Ausbruch könnte nur die Folge fremder Aufregungen sein; Dänemark, jenes guten Rechts sich bewußt, blickt einer solchen Eventualität mit ruhiger Entschlossenheit entgegen.

**Warschau, 15. Jan.** Die Rekrutierung ist im Laufe dieser Nacht in der vollkommensten Ordnung, ohne die geringste Störung, selbst ohne irgend welchen Widerstand eines Einzelnen, beendet worden.

**Turin, 15. Jan.** Ein königl. Dekret hebt vom 20. Januar an die außerordentlichen Vollmachten der Präfecten von Neapel und Palermo auf. Der Gemeinderath von Genua hat 50,000 Fr. für die Opfer des Räuberwesens gegeben. Es bestätigt sich, daß die Herzogin von Genua nächsten nach Neapel gehen und daselbst einen längeren Aufenthalt nehmen wird.

**Madrid, 15. Jan.** Abends. Alle Minister haben um ihre Entlassung gebeten; sie ist ihnen von der Königin bewilligt worden. General O'Donnell wurde beauftragt, ein neues Ministerium zu bilden. Es ist wahrscheinlich, daß Posada-Herrera das Aeußere und der Marquis Vega de Armijo das Innere übernehmen wird. Calderon Collantes soll als Gesandter nach Rom gehen.

**New-York, 4. Jan.** Nachrichten von Murfreesboro zufolge waren die Unionisten Nachmittags 2. d. anscheinend im Besitze der Stadt. General Rosenkrantz reorganisirte in der vorhergehenden Nacht seine Streitkräfte und trieb die Südlischen zwei Meilen weit. Nun langten Verstärkungen an.

Unionistischen Berichten zufolge dauerte die Schlacht bei Vicksburg 5 Stunden. Die Südlischen wurden aus den Befestigungen im Rücken der Stadt vertrieben. Der Unionsgeneral Sherman erneuerte den Kampf am folgenden Tag und nahm eine starke Stellung der Südlischen.

Das Panzerschiff „Monitor“ versank im Meer am 31. Decbr.

Unter den Freiwilligen Kentucky's hat die Sklavenemanzipations-Proklamation große Unzufriedenheit erregt und auf die Truppen Kentucky's demoralisirend gewirkt. Viele Offiziere gaben ihre Entlassung.

Die Südlischen wollen 1626 Gefangene bei Fredericksburg gemacht haben.

## Deutschland.

**Frankfurt, 16. Jan.** (Sch. M.) Die „Europe“ hat eine Turiner Korrespondenz vom 3. d., worin es heißt, ein Gesandtschaftsattaché sei auf dem Wege nach Paris, um Depeschen dahin zu bringen. Das Ministerium sei uneins wegen der Frankreich gegenüber zu beobachtenden Haltung. Es sei beschlossen, Nigra abzurufen und nach St. Petersburg oder Konstantinopel zu schicken. Zu seinem Nachfolger sei General Lamarmora bestimmt. Dieser stelle jedoch Bedingungen, die Pasolini annehmbar, Peruzzi und Minghetti unannehmbar sind.

**Mainz, 15. Jan.** (Fr. P.) Gestern hat der Gemeinderath dem Hoftheater-Direktor Tetscher in Darmstadt die Direction des hiesigen Stadttheaters übertragen. Derselbe hatte mitgetheilt, daß ihn Se. K. Hof. der Großherzog sowohl zur Uebernahme der Direction, als zur Verwendung des gesammten Personals und Inventars des großh. Hoftheaters auf dem Mainzer Stadttheater ermächtigt habe. — In derselben Sitzung unseres Gemeinderaths ward die Adresse an Se. K. Hoheit den Großherzog in Betreff des preussisch-französischen Handelsvertrags verlesen und mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

**Wiesbaden, 15. Jan.** (Fr. J.) Das auf die Petition des Gemeinderathes unserer Stadt in Betreff des Handelsvertrages ergangene Regierungsrescript ist jetzt mehr seinem Wortlaute nach bekannt geworden. Dasselbe hat, namentlich wegen der gegen unsern Bürgermeister gerichteten Vorwürfe, in allen Kreisen der Bürgerschaft einen wahren Sturm des Unwillens hervorgerufen. Dieser Stimmung soll an maßgebender Stelle Ausdruck gegeben werden, und es wird deshalb zu diesem Zweck eine Versammlung der Bürgerschaft vorbereitet.

**Kassel, 15. Jan.** (Fr. J.) Die Nachricht der „Morgenzeitung“, wonach die Minister ihre Demission eingereicht haben sollten, war ungenau; die Minister hatten lediglich die Erklärung abgegeben, daß sie die Zurückhaltung der Ackerhöchsten Entscheidung in den dringenden Landesangelegenheiten nicht weiter zu verantworten vermöchten.

In einer Sitzung von gestern Abends sind nun die begehrteten Zusagen des Kurfürsten erfolgt, und die Minister verblieben im Amte, bis nach drei bis vier Wochen eine neue Krisis erfolgen wird. Durch die Entfernung des Herrn v. Dehn-Rottfeller ist die erste Breche in die Solidarität des Ministeriums geschossen, und zwar in einer meisterhaften Weise. Hr. v. Sternberg wird seiner Zeit nachkommen, und dann ist der Uebergang zu einem Ministerium der Hassensflug-Scheyferschen Schule ein leichtes.

**Hamburg, 16. Jan.** (A. Z.) Kopenhagener Briefen vom 15. d. zufolge soll in den jüngsten Tagen eine französische Note von gleicher Richtung, wie die englische und russische, eingetroffen sein.

**Berlin, 15. Jan.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Das wichtigste Ereigniß des heutigen Tages ist die Nachricht, daß gestern das linke Centrum beschloffen hat, für jetzt noch keine Adresse zu beantragen und mit der definitiven Beschlußnahme über diese Frage bis dahin zu warten, wo die Regierung ihre Vorlagen gemacht haben wird. Zu Gunsten dieser vorläufigen Entscheidung hat Hr. Gneist geltend gemacht, die Chronik lasse eine Erwiderung in Form einer Adresse kaum zu, und einstweilen lasse sich eben noch nicht übersehen, ob ein rein sachliches Vorgehen bei Beratung der Regierungsvorlagen der bessere Operationsplan sei oder nicht. Hr. v. Carlowich hat zu diesem Grunde sehr nachdrücklich und kräftig noch den andern geltend gemacht, daß der schweren Lage des Landes die in einer Adresse an den König persönlich zulässigen Ausdrücke kaum entsprechen würden. Die Rede des Hrn. v. Carlowich, der mit der schonungslosesten Beredsamkeit die Lage des Landes darstellte, hat den bedeutendsten Eindruck gemacht. Mit der dann erfolgten einstimmigen Ablehnung einer Adresse für jetzt ist diese Frage auch für das ganze Haus erledigt. Die deutsche Fortschrittspartei hat, wie es heißt, ausdrücklich beschlossen, wiederum gemeinsame Besprechungen mit der freundschaftlichen Fraktion zu halten; es wird also die Majorität zu nächst nichts in dieser Beziehung unternehmen, und von der Minorität, den Liberalen, ist ein selbständiges Vorgehen nach dieser Richtung nicht zu erwarten. Die Sache ruht also bis zur nächsten Woche, wenn nicht länger. Das Gerücht von einer beabsichtigten neuen Fraktionsbildung unter Waldecks Führung läßt sich noch immer vernehmen. Es kann versichert werden, daß keine Silbe daran wahr ist; Waldeck hat in der Fraktionsversammlung der Fortschrittspartei ausdrücklich bemerkt, es müßten doch außer ihm noch andere Abgeordnete davon wissen, wenn dies nicht eben völlig aus der Luft gegriffen wäre.

Vor kurzem kurrirte in der Presse die Nachricht von einer angeblich projektierten Zusammenkunft zwischen Hrn. v. Bismarck und dem Grafen Reichenberg, die in Leipzig stattfinden sollte. Von unterrichteter Seite wird darüber mitgetheilt: Als Febr. v. Werther dem Grafen Reichenberg seine vielbesprochene Mittheilung über das gegenseitige Verhältnis zwischen Preußen und Preußen gemacht habe, sei von dem österreichischen Minister der Gedanke einer solchen Zusammenkunft angeregt worden, ohne daß es in Betreff derselben zu einem Beschluß gekommen sei. Die Absicht scheint jedoch auch gegenwärtig noch nicht aufgegeben zu sein.

**Berlin, 16. Jan.** (Köln. Z.) Die Fortschrittspartei hat gestern Abend über die Adressfrage fortberathen, ist jedoch mit der Erörterung des Gegenstandes noch nicht zu Ende gelangt. Die Stimmung ist überwiegend für ein Aufgeben der bisherigen bloß negativen Haltung. Die Kommissionbildung ist wesentlich wie früher ausgefallen, namentlich die der Budgetkommission. v. Bodemann's Dolfs wird zweifellos wieder Vorsitzender derselben werden.

**Berlin, 16. Jan.** In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilte der Präsident mit, daß ein Schreiben des Abg. Pfarrer Gräfer eingegangen sei, durch welches derselbe die Niederlegung seines Mandats anzeigt. (Hr. v. Vorleser! Vorleser!) Das Schreiben wird verlesen und lautet folgendermaßen:  
Als ich mich eben zur Abreise nach Berlin anschickte, um meinen Sitz im hohen Hause der Abgeordneten einzunehmen, erhielt ich eine Zufertigung des königl. Konfistoriums der Provinz Sachsen, d. d. Magdeburg, 30. Dec. v. J., worin es mir eröffnet, daß die Annahme einer Wahl für den Landtag mit den Pflichten des geistlichen Amtes in Widerspruch stehe (hört! hört!), indem ein Geistlicher, der in den Streit der politischen Parteien eintritt, sich der Gefahr aussetze, an Bestrebungen Theil zu nehmen, welche von der Aufgabe, das Reich Gottes zu bauen, weit abliegen (hört! hört!). Das königl. Konfistorium erwartet daher von mir die Niederlegung meines Mandats, ohne übrigens die seiner Ansicht unterstellten Geistlichen an der Ausübung der Rechte hindern zu wollen, welche sie als Staatsbürger besitzen. (Heiterkeit.)

Nun hat zwar das königl. Konfistorium nicht das mindeste Recht und eben so wenig eine begründete Veranlassung, von mir die Niederlegung des Mandats zu fordern, da ich seit dem Jahr 1858 stets für die treueste und vollständigste Vertretung aller hiesigen Amtsgeschäfte durch einen nur 10 Minuten von meinem Wohnorte entfernten Geistlichen unter Zustimmung des Episkops auf eigene Kosten Sorge getragen und ich mich vorzüglich auf das Andringen der Wähler aus meiner eigenen Gemeinde zur wiederholten Annahme einer fast einstimmigen Wahl nach langem Widerstreben verstanden hatte.

Da aber die gedachte königl. Behörde einmal so entschieden ihre Mißbilligung einer dergleichen Wahl ausgesprochen hat, so kann der erwähnte Amtsrath, welcher allein in der Lage ist, die hiesigen Amtsgeschäfte zu versehen, dazu fernherhin die Hand nicht bieten, ohne sich mit seiner geistlichen Oberbehörde in eine ihm jedenfalls sehr nachtheilige Opposition zu setzen, und ich bin durch die Unmöglichkeit, eine geeignete Stellvertretung zu beschaffen, gezwungen, das mir von dem vereinigten Wahlkreise Sangerhausen-Gardtberge anvertraute Mandat niederzulegen.

Indem ich Ew. Hochwohlgebornen hiervon ganz ergebenst benachrichtige, erlaube ich mir den Wunsch auszusprechen, daß die Bemühungen des hohen Hauses, das verfassungsmäßige Recht des Landes zu wahren, recht bald mit einem günstigen Erfolge gekrönt werden mögen, und empfehle mich dem freundlichen Andenken der verehrten Männer, deren Reihen während fünf Sessionen angehört zu haben, die beglückendste Erinnerung für die noch übrige Zeit meines Lebens sein wird.

Die Anzeige an das königl. Ministerium des Innern habe ich unter dem heutigen Datum abgeben lassen. Mit der aufrichtigsten Verehrung Ew. Hochwohlgebornen ganz ergebenster A. Gräfer, Pfarrer zc.

**Abg. Zimmermann zur Geschäftsordnung.** Wenn der Hr. Kultusminister anwesend wäre, so würde er an denselben die Frage richten, ob der Erlass des Konfistoriums mit seinem Wissen, ja vielleicht auf seine Veranlassung ergangen sei. Er frage deshalb, ob einer der anwesenden H. H. Minister von der Sachlage Etwas wisse. (Die Minister schweigen.) Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Der Präsident proklamirt hierauf das Resultat der gestern stattgehabten Schriftführer-Wahl. Es sind gewählt: Die Abgg. Ziegler, Seubert, Bassenge (Kauban), Söhnte, Jordan, Schröder, Dr. Ziegler und Krieger (Goldap).

Es folgt die Mittheilung der Wahl der Sachkommissionen und deren Konstituierung. Nach einigen Wahlprüfungen, die ohne Diskussion vorübergehen, ergreift das Wort der Finanzminister v. Bodelschwingh: Im Auftrage Sr. Maj. des Königs überreiche ich dem h. Hause den Gesetzentwurf, betreffend die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für 1863. Ich darf mich dabei auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Es weicht der jetzige Gesetzentwurf von dem im Mai v. J. für das Jahr 1863 vorgelegten Entwurf im Wesentlichen darin ab, daß er bei der Einnahme eine Erhöhung von 1,183,293 Thlr., dagegen aber bei einigen Positionen eine Einnahme-Ermäßigung von 276,197 Thlr., mithin eine wirkliche Einnahme-Erhöhung von 916,096 Thlr. nachweist. Diese Erhöhung ist eingetreten, da in den abgelaufenen Monaten des vorigen Jahres manche Zahlen zur Berechnung gezogen werden konnten, die bei der Aufstellung des früheren Etats noch nicht berücksichtigt werden konnten; bei den Ausgaben eine Ermäßigung von 163,904 Thlr. angenommen; diese zu den erwähnten Einnahme-Erhöherungen hinzugerechnet, ergibt als Endresultat die Summe von 1,050,800 Thlr., um welche sich die Differenz des jetzigen Etats günstiger stellt, als die des früheren Anschlags. Der im Mai vorgelegte Etat schloß mit einer um 3,180,000 Thlr. höhern Ausgabe als Einnahme ab, während der jetzige nur eine Differenz von 2,100,000 Thlr. nachweist. Die Vorlage geht an die Budgetkommission.

Präsident: Da weitere Vorlagen nicht gemacht zu werden scheinen (Heiterkeit), so schliesse ich die Sitzung. — Nächste Sitzung unbestimmt.

**Berlin, 16. Jan.** Die Berathung über die Adressfrage wurde gestern in der deutschen Fortschrittspartei fortgesetzt, ein Beschluß ist noch nicht gefaßt; die meisten Redner sprachen sich für einen in so fern veränderten Operationsplan aus, als die reine Negative der vorigen Session zu verlassen und den veränderten Verhältnissen, den größeren Dimensionen und der gesteigerten Schärfe des Verfassungskonfliktes gegenüber eine kräftigere Abwehr zu versuchen sei. Ueber den Modus gehen die Ansichten noch auseinander. Die Beschlußnahme wird nicht erfolgen, ehe die gemeinsamen Besprechungen mit dem linken Centrum stattgefunden haben. Dieselben werden wahrscheinlich morgen beginnen.

Die Erklärung im „Staatsanz.“ gegen die vorgestrigte Eröffnungsrede des Präsidenten Gradow hat natürlich in den Kreisen der Abgeordneten Aufsehen und Erstaunen erregt; da dieselbe einen offiziellen Charakter nicht trägt, so ist von einer Verwahrung Abstand genommen, zudem hat das Haus durch die gestrige fast einstimmige Wiederwahl des Präsidenten bereits seine vollständige Uebereinstimmung mit der Eröffnungsrede desselben bekundet.

Der Abg. v. Carnall ist dem linken Centrum, der Abg. v. Unruh der deutschen Fortschrittspartei beigetreten.

**Hofen, 11. Jan.** Man schreibt der „Dilse. Ztg.“: Gestern und vorgestern fanden hier Beratungen der p. o. n. Landtagsabgeordneten statt, an denen auch Delegirte aus den meisten Kreisen der Provinz Theil nahmen. Zweck der Beratungen war die Feststellung des Operationsplanes des sogenannten polnischen Landtagsklubs für die beginnende Landtagsession. Allgemein wurde auf die Nothwendigkeit



einer größern Thätigkeit des Klubs für das Interesse der polnischen Sache hingewiesen und den Mitgliedern die regste Theilnahme an den Beratungen des Landtags zur bringenden Pflicht gemacht. Die mit großer Lebhaftigkeit geführten Debatten betrafen hauptsächlich zwei Gegenstände: 1) das Verhältniß des polnischen Landtagsklubs zur deutschen Fortschrittspartei; 2) die im Interesse der polnischen Nationalität im Abgeordnetenhaus zu stellenden Anträge. In Bezug auf erstern Gegenstand wurde eine engere Verbindung mit der deutschen Fortschrittspartei entschieden abgelehnt, und beschlossen, nur in der Opposition gegen das Ministerium mit jener Partei gemeinschaftliche Sache zu machen. Unter den beschlossenen Anträgen des Klubs befindet sich auch der in der vorletzten Session vom Abg. v. Nicogolewski gestellte Antrag wegen Herstellung der territorialen Einheit der ehemals polnischen Landestheile zum Zweck eines ungehinderten Handelsverkehrs auf Grund des Wiener Vertrags.

**Wien, 14. Jan.** Die ministerielle „Donau-Ztg.“ sagt: Von Preußen herüber ist das Wort der Verständigung erklingen, freilich in einer Weise, die eben die Hoffnung auf das Zustandekommen derselben abzuschneiden scheint. Es gibt eine Partei — wir denken nicht daran, die preussische Regierung im Ganzen für deren Fehler verantwortlich zu machen, — die nunmehr selbst dem Kleindeutschthum den Rücken kehrt und im Dualismus den Stein der Weisen entdeckt zu haben wähnt. Aber der Dualismus ist nur die Potenzirung des Fehlers, mit welchem der kleindeutsche Gedanke ursprünglich behaftet erscheint. Ist es unmöglich, Oesterreich aus Deutschland zu verdrängen, so ist wohl noch weniger möglich, nebst Oesterreich noch sehr große Theile Deutschlands gewissermaßen vor die Thüre zu setzen. . . Mühte nicht gerade ein dualistisch gespaltenes Deutschland der Einigungsböden jene gewaltige Inten- sität verleihen, die zu einem Kampfe auf Tod und Leben hinbrängen würde? Der Stärkere würde obliegen; Deutschland würde sich schließlich einigen, aber nur auf der Grundlage zahlloser zertrümmerter Er- scheinungen.

Wie telegraphisch schon angedeutet, setzt die ministerielle „General-Korresp.“ der Bemerkung des französischen Selbstbüchlers: „der Opposition einiger Zollvereins-Staaten gegen den Handelsvertrag liegen keine ökonomischen, sondern nur politische Gründe zu Grunde“, entschiedenem Widerspruch entgegen. Der Vertrag — sagt sie — werde im Zollverein lediglich aus handelspolitischen, aus ökonomischen Gründen bekämpft. Die Wortführer dieses Kampfes in der Presse seien Staatsökonomien, und sie bedienen sich nur der Waffen, die ihnen ihre Fachwissenschaft, sowie ein gründliches Studium der Handels- und Industrieverhältnisse Deutschlands darbiete. Schließlich sagt die offizielle Lithographie:

Was endlich, um auch diesen Punkt nochmals zu berühren, die Stellung Oesterreichs zu der Angelegenheit betrifft, so ist einfach darauf hinzuweisen, daß Oesterreich aus Anlaß seiner Propositionen vom 10. Juli in unzweideutiger Weise den Termin bezeichnet hat, wo es die Verhandlungen mit Frankreich wegen eines Handelsvertrages eröffnen kann.

Dem „Waterland“ schreibt man aus Innsbruck, daß das Staatsministerium die Errichtung einer protestan- tischen Pfarrei in Meran bewilligt und damit thatsächlich entschieden Stellung gegenüber der Agitation für die Glaubenseinheit in Tyrol genommen habe.

**Wien, 14. Jan.** Ein Korrespondent der „Südd. Ztg.“ hört bestimmt versichern, daß der Bundespräsidialgesandte in Frankfurt, und zwar mit Berufung auf schwebende Verhandlungen, bereits verständigt ist, daß es angemessen erscheine, die auf morgen über acht Tage fallende Abstimmung über das Delegirtenprojekt bis auf Weiteres zu ver- zögern.

**Wien, 14. Jan.** Man schreibt der „Köln. Ztg.“: Das Delegirtenprojekt liegt im Sterben. Man erzählt sich, daß Graf Rechberg eine Erweiterung desselben beabsichtigt, ja, daß er sich sogar bis zu einem deutschen Parlamente versteigen wolle. Nun, einige bescheidene Zweifel dürften da wohl gerechtfertigt sein. — In der Handelsfrage dauern die Widersprüche fort. Ich kann Ihnen in dieser Beziehung aus bester Quelle mittheilen, daß vorgestern von München aus eine offizielle Nachricht hier eingetroffen ist, welcher zufolge die bairische Regierung nicht daran denke, ihre Stellung in der Frage des französisch-preussischen Handelsvertrages zu ändern.

### Italien.

**Turin, 11. Jan.** Man schreibt der „Gen.-Korresp.“ von hier: Heute traf hier aus Neapel telegraphisch die Nachricht ein, die Fürstin Barberini Serra sei auf der Reise nach Rom in Jsoletto auf Befehl der Quästur verhaftet worden. Man beschuldigt sie des Kolportiers „reaktionärer Korrespondenzen“. Sie wurde nach Neapel geführt, um dort vor Gericht gestellt zu werden.

### Frankreich.

**Paris, 16. Jan.** Der Senat, welcher sich heute in den Bureaus versammeln sollte, um die Mitglieder der Adress- kommission zu wählen, wird erst morgen zu dieser Wahl schreiten. — Es wird von neuem mit Bestimmtheit versichert, daß es nicht Hr. v. Persigny ist, welcher die Wahlen für den Gesetzgeb. Körper leiten wird. Als seinen Nachfolger bezeich- net man Hr. Billault. — Wie ich vernehme, hat der Kaiser von Oesterreich Napoleon III. durch den Tele- graphen seinen Beifall für die Oesterreich betreffende Stelle in der kais. Thronrede ausgedrückt. — Der preussische Bot- schafter v. d. Goltz wird morgen vom Kaiser in feierlicher Audienz empfangen werden. — Der englische Gesandte in Persien, Hr. Allison, ist gestern in Paris eingetroffen. Der englische Gesandte besand sich auf Urlaub nach London zu Konstantinopel, als er die Belagerung Herats durch die Afghanen vernahm. Bei seiner Abreise von Konstantinopel hatte sich Herat dem Fürsten Dost-Mohammed noch nicht er- geben und die Belagerten konnten sich nach einem glücklichen Ausfall sogar wieder verproviantiren. Die Zustände in Persien sind übrigens, Privatnachrichten zufolge, trostlos. Die französische Militärmission, welche Ferrut-Khan seiner Zeit

nach Teheran mitnahm, ist zurückberufen, und der Schah hat weder eine Armee noch Geld. Ein Korps, welches er den Afghanen entgegenstreckte, lief aus Mangel an Geld und Nahrung auseinander, noch bevor es Herat erreichte. In der persischen Armee dienen nur noch 3 französische Offiziere, darunter General Boulain, welcher schon vor 7 Jahren Herat nahm. Der Schah schickte diesen General gegen die Türko- manen, aber er hat weder Geld noch Soldaten. — Die Nach- richten aus Konstantinopel lauten fortwährend ungünstig. Es scheint, daß der Sultan durchaus eine militärische Rolle spielen will und seine Absicht bekräftigt, persönlich den Oberbefehl über seine Armee anzutreten. — Wegen des fran- zösisch-italienischen Handelsvertrags soll es in den letzten Tagen wiederholt zu lebhaften Diskussionen zwi- schen dem Kaiser und Hrn. Fould gekommen sein. Dem Turiner Kabinet scheint vor Allem daran gelegen, für seine Staatsanleihen bezüglich der Normung an der Börse die- selben Vortheile zu erlangen, welche Belgien genießt, — eine Klausel, von welcher Hr. Fould nichts hören will. Die „Nation“ versichert jedoch heute Abend, daß dieser Handelsver- trag definitiv abgeschlossen sei und auf dem Punkt stehe, von den bevollmächtigten Ministern beider Regierungen unterzeich- net zu werden. Es ist abzuwarten, wer nachgegeben hat, Hr. Fould oder Hr. Scialoja. — Bekanntlich enthält das „Gelb- buch“ eine Depeche vom 20. Dez. bezüglich des von Hrn. Odo Russell dem Papst gemachten Anerbietens, nach Malta überzusiedeln. Hr. Granier aus Cassagnac zieht heute in der „Nation“ gegen diesen Antrag gewaltig zu Felde:

Wir glauben fest — jagt der Abgeordnete zum Gesetzgeb. Körper — daß 100 Bände Erläuterungen auf die römische Frage nicht halb so viel Licht geworfen hätten, als das dem hl. Stuhl vom englischen Kabinet gemachte Anerbieten. Magarin, so geschieht — Michelien, so fest — Ghoulou, so fest — Pitt, so fühl, waren nur Kinder im Vergleich mit Lord John Russell. . . Wir kennen nur ein Ding, welches den Niveau dieser Keckheit erreicht: es ist die Naivetät, welche die englische Regierung bekundete, indem sie zu glauben schien, daß der Papst Rom verlassen werde, wo er frei ist unter unserer Obhut, um noch einmal, nach Napoleon, die Loyalität der britischen Gesandtschaft zu ver- suchen.

Die Freunde des Palais Royal versichern nun, daß Prinz Na- poleon in der Adressdiskussion dennoch das Wort ergreifen werde. — Der „Moniteur“ meldet heute die Ernennung des Prinzen Joachim Napoleon Murat, Escadronchef der Gui- den, zum Großoffizier der Ehrenlegion. — Die „France“ erfährt aus London, daß im letzten Geh. Rathe zu Osborne die Vermählung des Prinzen von Wales auf den 8. März festgesetzt wurde. — Wie man versichert, hat das Marineministerium, in Folge der zu Rochefort stattgehabten Experimente, Beweise ertheilt, daß die Festungswerke, Maga- zine, Arsenalen etc. der Häfen mit einem Kuraz gleich den Panzerschiffen beschießt werden sollen. — Nach dem „Courr. du Dim.“ und dem „Pays“ hat nun die „Revue nationale“ eine Verwarnung erhalten, wie immer wegen eines Artikels, welcher den öffentlichen Frieden zu stören und die Regierung des Kaisers in Mißkredit zu bringen sucht. — Man verfolgt in offiziellen Kreisen mit Spannung die Bildung des neuen spanischen Kabinetes durch D. Domell. — Als fünfti- gen eventuellen spanischen Repräsentanten in Paris nennt man Marischall Narvaez. — Börse sehr geschäftlos. Rente schließt nominell 69.95. Cred. Mob. 1140. Ital. Anleihe 69.90.

### Großbritannien.

**London, 15. Jan.** „Morn. Post“ unterstützt heute den Anspruch der Türkei auf die Herausgabe der aus Rus- land nach Serbien geschmuggelten 700 Wagen voll russi- scher, mit dem Stempel des kais. Arsenals von Tula versee- neter Waffen und zieht dabei gegen das Benehmen Russlands tüchtig zu Felde. „Wenn — jagt sie — die Nachbarstaaten das Osmanische Reich in Ruhe lassen wollten, so würde seine Regierung gedeihen und sich bestärken. Leider scheint es, daß die Thronbesteigung des gegenwärtigen kräftigen Monarchen Abdul Assiz für die traditionellen Feinde der Türkei das Signal wurde, einen Geist des Aufstandes zu schüren, um den franten Mann noch kranker zu machen, als er unter der schwächlichen Misregierung Abdul Medschid's war“ u. s. w. Sie erzählt darauf die bekannte Geschichte des russischen Waffenschmuggels, der türkischen Proteste und For- derungen, und fürchtet, daß Frankreich in seinen Ent- schlüssen diesem Handel gegenüber außerordentlich schwache, mit andern Worten das offene Unrecht Russlands und der russischen Schützlinge nicht sehen wolle. „Unter diesen Um- ständen — fährt sie fort — hat, wie wir glauben, die Hofe beschloffen, einen Kommissar ad hoc an den Fürsten Guza — und wahrscheinlich zugleich an den Fürsten von Serbien — zu senden, und die Herausgabe der Waffen von ihm persön- lich bei seinem Eid der Treue als Basall des Sultans zu for- dern. Der türkische Bevollmächtigte wird von einem Dele- girten der britischen und einem Delegrten der österreichi- schen Gesandtschaft begleitet sein. . . . Obgleich Russland der Forderung des Sultans mit aller Macht entgegenarbei- tet wird, sind wir überzeugt, daß sie den Bestand der öffent- lichen Meinung für sich haben wird.“

„Times“, „Herald“, „Post“ und „Standard“ brechen wie- der einmal über Lincoln's Sklavemanzipations- Dekret ganz unbarmerzig den Stab, und zwar drückt sich die „Times“ unter allen noch am günstigsten und rüch- sichtsvollsten aus. Sie sagt u. A.:

Der Präsident hat die Freiheit der Neger proklamirt, ist aber ohne Macht, seiner Proklamation Geltung zu verschaffen. Wenn die Schwarzen die verheißene Freiheit erlangen sollen, muß es durch ihre eigene Hand geschehen. Sie müssen sich gegen ein zahlreiches, intelligentes, besser bewaffnetes und mutigeres Volk von Weißen erheben, und diese ihre Weiber und Kinder mit Feuer und Schwert austreten. Der Präsi- dent kann sie hierzu auffordern, vermag sie aber dabei nicht zu unter- stützen. Ja, letzteres ist der Grund, warum er sie aufzuruf. Wenn die Neger nicht alle oben angebeuteten Gräuvel begehen, so wird, für den Augenblick wenigstens, von seiner Emanzipation die Rede sein; im an-

dern Falle werden sie zu einem Bergeltungsversuchen reizen, das nur zu wahrscheinlich mit der Vernichtung der Neger enden wird. In seinem Falle hat der Menschentum Grund, sich zu freuen. Man muß sich auch erinnern, daß dieser Akt des Präsidenten ein schreiender Angriff auf die Freiheiten der Weißen ist. Die Erhebung von Westvirginien zum Staat ist die haarste Urruptation, die, jetzt gegen die Feinde der Union gerichtet, voll böser Vorbedeutung für die Freiheiten der Staaten ist, die der Union noch anhängen. Der Präsident rüth zwar den Negern, sich aller Gewalt, außer zur Nothwehr, zu enthalten und gegen angemessenen Arbeitelohn zu arbeiten. Aber er weiß wohl, daß kein Sklavenshalter im Süden seiner Proklamation Gehorsam leisten wird; daß sie nur durch Gewalt zur Geltung gebracht werden kann, und daß die Neger, falls sie die Freiheit gewinnen, dies durch das Verderben und den völligen Untergang ihrer Herren thun werden. Bei einem solchen Stande der Gesellschaft von Arbeitelohn zu reden — von einem Vertrag zwi- schen Herrn und Dienern — ist ein grausamer Hohn. Im Süden kann der Neger ohne Herrn nur leben, wenn er in den Zustand der Wildheit zurückkehrt — ein Zustand, in welchem er, inmitten von blutiger Anarchie und Verberung, oft die Fressen, die er gebrochen, und den Herrn, den er vernichtet hat, sich zurückwünschen dürfte. Er kann keine bessere Lage erhoffen, als die seiner Race im Norden — eine Lage der Erniedrigung, Demüthigung und Entlösung, die dem Sklaven sehr wenig zu beneiden läßt u. s. w. u. s. w.

### Amerika.

**New-York, 3. Jan.** Der Weg, welchen die Politik der Union in dem gegenwärtigen Bürgerkrieg verfolgt, ist durch die vorgestrigte Proklamation des Präsidenten Lincoln wieder mit einem bedeutenden Denkflecken bezeichnet worden. Wenn wir auch den Hauptinhalt schon in Kürze mitgetheilt haben, so mag es doch von Interesse sein, den vollständigen Wortlaut des Attenstückes kennen zu lernen. Es ist datirt von Washington, 1. Jan. 1863, und lautet folgendermaßen:

Nachdem am 22. Sept. im Jahre des Herrn 1862 von dem Präsi- denten der Vereinigten Staaten eine Proklamation erlassen worden, welche unter Anderm diese Bestimmungen enthält:

Daß am ersten Tage des Januar in dem Jahre unseres Herrn 1863 alle Personen, welche in einem Staate oder bestimmten Theile eines Staates, dessen Bevölkerung sich baselbst im Aufstand gegen die Vereinig- ten Staaten befindet, als Sklaven gehalten werden, dann, von dann ab und auf ewig frei sein sollen, und daß die Exekutive der Vereinigten Staaten mit Einschluß ihrer Armees- und Flottenbehörden die Freiheit solcher Personen anerkennen und aufrecht erhalten und keinen Akt oder keine Akte ausführen wird, um solche Personen oder Einige von ihnen in irgend einer Bestrebung, welche sie zur Erlangung ihrer faktischen Frei- heit machen, zu hindern; daß die Exekutive am vorbelegten ersten Tage des Januar durch eine Proklamation die Staaten und Theile von Staaten, wenn es deren gibt, in welchen die Einwohner dann im Aufstand gegen die Vereinigten Staaten begriffen sind, bezeichnen wird, und daß die Thatsache, daß irgend ein Staat oder dessen Bevölkerung an diesem Tage in Treu und Glauben in dem Kongreß der Vereinigten Staaten durch seine dazu in Wahlen, woran eine Majorität der berechtigten Wähler Theil genommen hat, gemäßen Mitglieder vertreten ist, in Abwesen- heit eines starken gegenheiligen Zeugnisses als vollständiger Beweis gel- ten soll, daß ein solcher Staat und seine Einwohnerschaft nicht im Auf- stande gegen die Vereinigten Staaten begriffen sind.

So bezeichne ich, Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staa- ten, in Kraft der mir übertragenen Machtvollkommenheit als Oberbe- fehlshaber der Armee und Flotte der Vereinigten Staaten in Zeit des faktischen bewaffneten Aufstandes gegen die Behörden und die Regierung der Vereinigten Staaten, und als eine geeignete und nothwendige Kriegsmaßregel, um besagten Aufbruch zu unterdrücken, an diesem ersten Tage des Januar im Jahre unseres Herrn 1863 und in Uebereinstim- mung mit meinem Vorlas so zu thun, öffentlich kundgemacht für die volle Dauer von hundert Tagen von dem Tag des ersten obenerwähnten Erlasses, als die Staaten und Theile von Staaten, deren Bevöl- kerung an diesem Tage im Aufbruch gegen die Vereinigten Staaten be- griffen sind, die folgenden:

Arkansas, Texas, Louisiana — ausgenommen die Gemeinden von St. Bernhard, Plaquemines, Jefferson, St. John, St. Charles, St. James, Ascension, Assumption, Terre Bonne, Lafourche, St. Mary, St. Martin und Orleans, mit Einschluß der Stadt New-Orleans —, Mississippi, Alabama, Florida, Georgia, Süd-Carolina, Nord-Carolina und Virginien — ausgenommen die unter Westvirginien bezeichneten 48 Grafschaften und gleicher Weise die Grafschaften von Berkeley, Accomac, Northampton, Elizabeth City, York, Princess Ann und Norfolk mit Einschluß der Städte Norfolk und Portsmouth; und sollen diese hier ausgenommenen Theile für jetzt so belassen bleiben, als ob diese Proklamation nicht erlassen worden wäre.

Und kraft der vorbelegten Machtvollkommenheit und zum erwünsch- ten Zweck bekräftige und erkläre ich, daß alle Sklaven in den aufge- zählten bezeichneten Staaten und Theilen von Staaten frei sind und fernerhin frei sein sollen, und daß die Exekutive der Vereinigten Staaten, mit Einschluß der Armees- und Marinebehörden derselben, anerkennen und aufrecht halten wird die Freiheit besagter Personen.

Und ich schreibe hiermit den so frei Erklärten ein, sich aller Gewalt- thätigkeiten, außer im Zustande der Nothwehr, zu enthalten, und ich em- pfehle ihnen an, daß sie in allen Fällen, wo es gestattet wird, getreulich für angemessenen Lohn arbeiten mögen.

Und fernerhin erkläre ich und thue kund, daß solche Personen von tauge- licher Körperbeschaffenheit in den bewaffneten Diensten der Vereinigten Staaten aufgenommen werden sollen, um Forts, Stellungen, Stationen und andere Plätze zu besetzen und Fahrzeuge aller Gattung in besagtem Dienste zu bemannen.

Und hierzu — indem ich es aufrichtig als einen Akt der Gerechtigkeit, der von der Verfassung gestattet ist bei militärischer Nothwendigkeit — rufe ich das ruhige Urtheil der Menschen und die gütige Gnade des all- mächtigen Gottes an.

Zu weßen Zeugnis ich hierauf meine Unterschrift eigenhändig gesetzt und das Siegel der Vereinigten Staaten habe abdrücken lassen.

So geschehen in der Stadt Washington, an diesem ersten Tage des Januar, in dem Jahre unseres Herrn 1863, und in dem siebenundacht- zigten der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika.

(L. S.) (Gezeichnet) Abraham Lincoln.

Contrasign. Wm. S. Seward, Staatssekretär.

### Baden.

**Karlsruhe, 17. Jan.** Bericht der Kommission des landwirthsch. Centralausschusses: Die Orga-



nisation des Veterinärwesens und Stellung der Thierärzte betr.) Die mit der Organisation und Stellung der Thierärzte beauftragte Kommission erachtet es für notwendig:

1) Daß an den Bestimmungen über die Ausbildung der Thierärzte, wie sie in §. 2 der Ministerialverordnung v. J. 1858 angegeben sind, streng festgehalten werde.

2) Gleichwohl hielten wir auch ein strenges Festhalten an den Bestimmungen über die Ausbildung der Thierärzte noch nicht für hinreichend, denselben eine bessere Wirksamkeit zu sichern, sondern wir halten es für durchaus erforderlich, daß zweckmäßig arrondirte Bezirke gebildet und hierfür Bezirks-Thierärzte mit fixen Gehältern aus der Staatskasse in Abzügen von 300 bis 500 fl. einschließlich des Aversums für Haltung eines Pferdes angestellt werden, wovon ein entsprechender Theil von den Gemeinden als Zuschuß zu leisten wäre.

3) Die Anstellung der Bezirks-Thierärzte sollte durch das große Ministerium, nach Anhörung der Gemeindevertreter und der Bezirksämter, auf Antrag der Sanitätskommission und der Centralstelle für die Landwirtschaft geschehen.

4) Denselben stehen unter den erforderlichen Modifikationen die Obliegenheiten zu, wie sie der §. 6 und 8 der gedachten Ministerialverordnung von den Gemeinden angestellten Thierärzten zuweist.

5) Als Bezirks-Thierärzte können nur solche licenziirte Thierärzte angestellt werden, welche ihre Befähigung hierzu durch Bestehen einer zweiten Staatsprüfung nach mindestens zweijähriger Praxis nachgewiesen haben.

6) Die geprüften und nicht angestellten Thierärzte stehen unter der Aufsicht der Bezirks-Thierärzte, welchen sie jeweils Anzeige vom Ausbruch febrilen Thierkrankheiten zu erstatten haben.

7) Sämmtliche Thierärzte stehen in technischer Hinsicht unter der Aufsicht der Sanitätskommission, und in administrativer Beziehung unter jener der Bezirksämter und der Centralstelle für die Landwirtschaft.

8) Dürfen der große Centralstelle für die Landwirtschaft und der große Sanitätskommission tüchtige händliche Kräfte zur Verfügung zu stellen sein, welchen die vorgezeichneten Obliegenheiten zukämen.

9) Bezüglich der Ausübung der Thierheilkunde durch hiezu nicht berechtigete Personen dürften die betreffenden Bestimmungen der Ministerialverordnung vom 17. Aug. 1858 vorerst aufrecht erhalten werden.

10) Karlsruhe, 17. Jan. (Fünfte Sitzung des landw. Centralausschusses.) Anwesend sind die provisorischen Mitglieder der Centralstelle, Dr. Medizinalrath Molitor als Referent des Veterinärwesens bei der großen Sanitätskommission und sämmtliche Mitglieder des Centralausschusses.

Dr. Thierarzt Berner liest den Bericht der Kommission für das Veterinärwesen vor. Als erste Frage wurde die über die Ausbildung der Thierärzte berathen.

Dr. Berner: Die Anforderungen, die bis jetzt an den jungen Mann, der in eine Veterinärschule eintreten will, gemacht wurden, dürften genügen. Man hat darüber geflagt, daß die Veterinärschule aufgehoben wurde, weil man befürchtete, nicht mehr hinreichend Thierärzte für das Land zu erhalten; dies sei aber nicht zu befürchten, wenn die Thierärzte besser gestellt und Stipendien gegeben werden, um andere Thierärztschulen, deren es in Deutschland sehr tüchtige gibt, zu besuchen; doch dürfte die Summe von 200 fl., die bis jetzt ausgeworfen wurde, zu erhöhen sein.

Dem ersten Satz, daß die jetzige Vorbildung genügt, wurde beigestimmt. Dr. Herth: Die Thierärztschule war hier in wissenschaftlicher Beziehung sehr gut; der Mann, der an der Spitze stand, war sehr wissenschaftlich gebildet und hat Alles geleistet, was verlangt werden kann; allein es konnte keine praktische Ausbildung geboten werden, weil keine frischen Thiere da waren. Es ist deshalb besser, die Schüler in andere Schulen zu schicken.

Dr. Friedrich ist nicht für eine Erhöhung der Stipendien, denn es soll eine Unterstüßung und keine Erhaltung sein.

Dr. Medizinalrath Molitor: Die Sanitätskommission war nicht für das Aufheben der Veterinärschule, denn es wurden gute Erfolge erzielt; doch ist es auch zweckmäßig, wenn die Schüler größere Schulen besuchen. Es wurden, seitdem die Schule aufgehoben ist, mehrere Kandidaten geprüft, die nicht mehr, aber auch nicht weniger wußten, als die früheren. Der Betrag der Unterstüßung ist 2000 fl.; jeder Schüler erhält jährlich 200 fl.; dadurch können jedes Jahr 3 Kandidaten als Thierärzte licenzirt werden, welche Zahl wohl genügen wird.

Dr. Dr. Schinzinger: 200 fl. sind für Unbemittelte zu wenig. Man nehme deshalb Rücksicht auf das Vermögen und Talent, und gebe in passenden Fällen mehr.

Es wurde hierauf beschloffen: Die Versammlung hat in Beziehung zur Landwirtschaft gegen die Aufhebung der Veterinärschule Nichts einzuwenden, insofern talentvollen jungen Leuten der Eintritt in Veterinärschulen ermöglicht wird.

Man ging zur Frage über, ob Thierärzte angestellt werden sollen.

Dr. Berner: Es ist wohl allgemein angenommen, daß Thierärzte bestehen sollen, die unabhängig von den Gemeinden sind. Der Thierarzt ist nicht der beste, der am meisten kranke Thiere behandelt, sondern jener, der am meisten vor Krankheit schützt. Der Thierarzt ist vor Allem dazu geeignet, den Landwirthen in der Haltung der Thiere Rathschläge und Belehrung zu geben; man stelle deshalb Bezirks-Thierärzte an, die dies dann um so besser thun können.

Dr. Pfarrer Schmitt wünscht, daß die Bezirke für die Bezirks-Thierärzte nicht zu groß seien.

Dr. Dr. Schinzinger: Mein Bezirk spricht sich gegen die Anstellung von Bezirks-Thierärzten aus. Meine eigene Ueberzeugung ist aber anders; ich halte eine solche Anstellung für zweckmäßig.

Dr. Roder: Es werde wohl nicht für jedes Amt ein Bezirks-Thierarzt angestellt werden können, denn wenn noch ein anderer Thierarzt da wäre, so würde es gewiß zu viel sein; man mache die Bezirke nicht zu klein, sonst hat man bald keine andern Thierärzte mehr.

Bei der weitern Berathung wurden von den H. H. Reg.-Aff. Bierordt, Dr. Schinzinger und H. H. Kotttra und Frölich schlagende Beispiele angeführt, die beweisen, wie wichtig es bei Seuchen und ansteckenden Krankheiten wäre, angestellte Thierärzte zu haben. Das Resultat der Diskussion war folgender Beschluß:

Die Versammlung erklärt es im Interesse der Landwirtschaft, daß das Land in zweckmäßige, nicht zu kleine Bezirke getheilt werde, in welchen Thierärzte anzustellen sind.

Dr. Thierarzt Berner: Es ist nöthig, bei den Gehältern eine Abminderung zu machen; denn ein angestellter Thierarzt mit geringerem Gehalt wird sich in reicheren Gegenden besser stellen, als einer mit etwas höherem Gehalte in einer weniger bevölkerten, ärmeren Gegend.

Die Versammlung stimmt bei. Weiter erklärt dieselbe einen Gehalt von 3 bis 500 fl., einschließlich der Pferdourage, für angemessen.

Dr. Berner: Wir haben schon früher öfter gehört, wie nachtheilig es sein kann, wenn die Gemeindebehörde allein den Thierarzt anzustellen hat. Es gibt aber ferner auch manche Bezirke, wo die Gemeindebehörde einen Thierarzt nicht anstellen will.

Dr. Schuch fragt, ob eine Gemeinde, die selbst einen Thierarzt bezahlt, doch noch gezwungen sein solle, zur Bezahlung des Bezirks-Thierarztes beizutragen.

Dr. Berner: Diese Gemeinden werden auch Vortheil vom Bezirks-Thierarzt haben, weil durch ihn die andern Thierärzte kontrollirt werden.

Dr. Herth: Die Bezirks-Thierärzte werden besonders in der Ueberwachung der Veterinärpolizei für alle Gemeinden wichtig sein.

Es wird beschloffen: Die Gehalte mögen aus der Staatskasse bezahlt, aber von den Gemeindebehörden entsprechende Zuschüsse erhoben werden.

Dr. Reg.-Affessor Bierordt: Es wäre wünschenswerth, daß auch die landw. Bezirksvereine bei der Anstellung der Bezirks-Thierärzte gehört werden.

Dr. Dr. Herth: Die Thierärzte sind oft bei der Wirksamkeit der Bezirksvereine wesentlich mitwirkend, und es ist deshalb gewiß gut, wenn die Bezirksvereine bei der Anstellung mitzuwirken haben.

Der Kommissionsantrag wird mit Abänderung in folgender Fassung angenommen: Die Anstellung der Bezirks-Thierärzte sollte durch das große Ministerium, nach Anhörung der Gemeindevertreter und der landw. Bezirksvereine, auf Antrag der Sanitätskommission und der Centralstelle für die Landwirtschaft geschehen.

Bei der Berathung über die im Kommissionsbericht beantragte zweite Prüfung der Thierärzte wird von verschiedener Seite besonders auf die Wichtigkeit der praktischen Befähigung hingewiesen.

Dr. Medizinalrath Dr. Molitor: Es wird auch jetzt schon bei der Prüfung auf praktische Befähigung Rücksicht genommen, eine zweite dürfte deshalb unnöthig und nur lästig und kostspielig für die Thierärzte sein.

Dr. Schmidt: Die Befähigung und Tüchtigkeit der Kandidaten wird nicht immer durch eine genaue Prüfung ermittelt. Es kann Neman ein gutes Gedächtniß haben, das Nüthige zum Examen im Praktischen auch erlernen, und doch ein schlechter und unpraktischer Thierarzt sein. Ein Examen dürfte daher genügen, und ob einer tüchtig ist, wird man schon an seiner Ausübung der Praxis sehen, bevor er angestellt wird. Er stimmt deshalb dem Hrn. Medizinalrath Molitor bei, daß durch eine zweite Prüfung nur eine weitere Qual geschaffen wird.

Der Kommissionsantrag wird hierauf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag 6: Die geprüften, nicht angestellten Thierärzte stehen unter der Aufsicht der Bezirks-Thierärzte — wird angenommen.

Zu Antrag 7: Sämmtliche Thierärzte stehen unter der Sanitätskommission und in administrativer Beziehung unter den Bezirksämtern und unter der Centralstelle für die Landwirtschaft — bemerkt

Dr. Medizinalrath Molitor: Bis jetzt waren nicht alle Thierärzte hinreichend ausgebildet, um selbständig ohne die Amtsärzte zu bestehen, betreffende Besuche zu machen, u. s. w.

Dr. Friedrich findet nicht, daß bis jetzt eine Unterordnung des Thierarztes unter den Amtsarzt nöthig gebracht hat, und diese Stellung möge auch im Interesse der Allgemeinheit beibehalten werden.

Dr. Bezirksförster Laurap: Wenn auch anzuerkennen ist, daß einzelne Amtsärzte sehr viel für die Bezirksvereine und für die Landwirtschaft thun, und es gewiß bei so thätigen und tüchtigen Männern, wie z. B. Hrn. Amtsarzt Haas in Sinsheim, nur wünschenswerth sein kann, wenn sie sich bei dem Veterinärwesen betheiligen, so gibt es doch Viele, die sich nur wenig um das Veterinärwesen oder auch um das Vereinswesen kümmern. Eine Unterordnung des Thierarztes unter den Amtsarzt bringe aber dann einen langsamen Geschäftsgang hervor, der sehr nachtheilig werden kann. Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen.

Bei Antrag 8: Es dürften der große Centralstelle für die Landwirtschaft und der große Sanitätskommission tüchtige händliche Kräfte zur Verfügung zu stellen sein, welchen die vorgezeichneten Obliegenheiten zukommen, führt Dr. Berner die Nothwendigkeit dieses Vorschlages aus. Der der Sanitätskommission beigegebene hätte besonders die Aufsicht über die Veterinärpolizei, jener der Centralstelle hätte mehr die Leitung der Beförderung der Viehzucht überhaupt zu befragen.

Dr. Herth wünscht, daß der Thierarzt bei der Sanitätskommission Sitz und Stimme habe.

Dr. Schmidt beantragt, daß für beide Stellen nur ein Mann ernannt werde; da es im Bericht heißt: „tüchtige Kräfte“, so können diese auch in einem Mann vereint sein. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Antrag 9 wird ebenfalls angenommen.

Hierauf ging man zur Berathung der Frage über: „Was kann gegen die Verbreitung der Lungenheute gethan werden?“

Dr. Bierordt theilt das Wichtigste der Abhandlung über eine allgemeine Zwangsversicherung mit, wie sie von der Direction des Karlsruher Bezirksvereins herausgegeben wurde. Die Großhäre von Medizinalrath Haas von Sinsheim weist darauf hin, daß man, bevor man sich zu einer Zwangsversicherung wenden könne, statistisch nachweisen müsse, daß diese Seuche bereits zu einer großen Verbreitung herangewachsen sei. Allein da, wie Hr. Haas selbst zugibt, die Seuche gewöhnlich verheimlicht wird, ist eine Statistik unmöglich. Der Verkauf der Thiere ist gewiß, besonders da die Krankheit im ersten Stadium nicht oder kaum erkennbar ist, leicht möglich, und dadurch wird, selbst wenn der Käufer ein Metzger ist, die Verschleppung oft vorkommen.

Die Centralstelle für die Landwirtschaft erkennt, daß eine Zwangsversicherung nicht möglich ist, weil viele Bezirksvereine dagegen sind.

Dr. Geh. Ref. Diez theilt dann die Vorschläge der verschiedenen Vereine mit.

Die meisten Versammlungen haben den Grundsatze aufgestellt, daß freiwillige Versicherungsvereine zu unterstützen sind. Diesem tritt auch der Centralausschuß bei.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

† Bruchsal, 16. Jan. Schon längst hätte man es als ein dringendes Bedürfnis erkannt, statt der jetzt nur auf weitem Umwege möglichen eine direkte Zufahrt von der Stadt zum Bahnhofe herzustellen, und es hatte auch der Gemeinderath einen desfallsigen Plan ausgearbeitet, der allen Anforderungen entsprach und nur einen Aufwand von 4000 fl. erforderte, welche Summe überdies der Stadt durch das Steigen des Werths der ihr gehörigen Bauplätze an der projectirten Straße reichlich ersetzt worden wäre. Leider ist jedoch der

darauf gerichtete Antrag in der gestrigen Sitzung des großen Bürgerausschusses durch die Mehrheit verworfen worden. Ohne die Gründe dieses Ergebnisses prüfen zu wollen, muß man es doch beklagen, daß dadurch die Stadt auf lange Zeit einer wichtigen Verbesserung verlustig wird. — Infolge der in jener Sitzung gemachten Eröffnungen ermöglichen es die Ueberschüsse in den Einnahmen des vorigen Jahres, den auf etwa 13,000 fl. fixirten Verlust durch die Veruntreuung des entflohenen Rechners Jaifer ohne Erhöhung der Umlagen und ohne Aufnahme eines Anleihe auszugleichen. Wobin sich dieser Flüchtling gewendet hat, ist noch immer völlig unbekannt.

Die Blättern scheinen jetzt endlich dahier im Abnehmen begriffen zu sein und treten meistens in ganz leichter Form auf.

Karlsruhe, 14. Jan. (Sch. M.) Gleichwie die Bäckerei ist hier jetzt auch die Metzgerei von der polizeilichen Festhaltung der Verkaufspreise befreit worden. Sonst haben in Bezug auf Eröffnung neuer Geschäfte z. B. Gewerbefreiheit und Freizügigkeit bis jetzt auf unsere Stadt noch keinerlei Einfluß ausgeübt, wenn wir nicht etwa den vermehrten Zug wandernder Minnefänger und Magister anderer freien Künste hieher rechnen wollen. — Ein dieser Tage von tüchtigen Kräften des Karlsruher Hoftheaters-Orchesters im Museum veranstaltetes Konzert, wobei der erste Tenor, Hr. Brandes, und Frau, Gemahlin von der dortigen Oper mitwirkten die Gefälligkeit hatten, durfte um so freudiger begrüßt werden, als uns nur höchst selten Gelegenheit geboten wird, innerhalb der Mauern unserer Bundesfestung kunstgebildete ausgezeichnete Sängervon Fach zu hören.

Baden, 16. Jan. Die Unglückliche, auf welche J. Rippe seinen Mordanschlag gerichtet hat — ihr Namen ist Katharina Buchs — ist in der letzten Nacht in dem hiesigen Krankenhaus verstorben.

Aus dem Mittelrheinkreis, 14. Jan. Nummer 2 des Verordnungsblattes des Großh. Oberlehrers enthält unter Anderm einige allgemeine Anordnungen, welche auch für weitere Kreise Interesse haben dürften und die wir daher ihrem wesentlichen Inhalt nach hier mittheilen. Die erste betrifft die Ertheilung des Konfirmationsbezugsweise Konfirmationsunterrichts, und macht es den Ortschulinspektoren zur Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß dieser Unterricht nicht zu einer Zeit ertheilt wird, welche es den Konfirmanten unmöglich macht, den Schulunterricht in der ganzen vorgeschriebenen Stundenzahl fortzubesuchen. Man soll unter entsprechender Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse eine angemessene Zeit für Ertheilung dieses Unterrichts vereinbaren. Eine zweite allgemeine Verordnung bringt den Volksschullehrern die bestehenden Vorschriften über Schulstrafen in Erinnerung. Diese bestehen in Verweisen, in Setzung oder Stellung der Schulbuben auf einen besondern Platz, in Zurückhalten derselben in der Schule unter angemessener Aufsicht und Beschäftigung, und Vorladung der Kinder vor den Schulvorstand, und nur bei beharrlichem böswilligen Widerstande ausnahmsweise auch in mäßiger Züchtigung mittelst der Ruthe auf die Hand, jedoch auf unschädliche Weise. Bei Anwendung dieser Strafen sind die Lehrer zwar nicht an die Beobachtung der angegebenen Reihenfolge gebunden, vielmehr ist es ihrem Ermessen überlassen, von den verschiedenen Strafen gegenüber dem einzelnen Schülern je nach ihrer individuellen Beschaffenheit beliebigen Gebrauch zu machen; aber darauf ist streng zu achten, daß körperliche Züchtigung nur in dem Fall beharrlichen böswilligen Widerstandes, und bei Kindern mit mangelhafter körperlicher Entwicklung oder irgendwie gestörter Gesundheit keinesfalls in Anwendung kommt. Zwei weitere Verordnungen bestimmen, daß für Kinder, welche je mit dem 23. April das Schulalter noch nicht erreicht haben, aber auf den Wunsch ihrer Eltern gleichwohl in die Schule aufgenommen werden, das Schulgeld gerade so zu bezahlen und zu erheben ist, wie für die eigentlich pflichtigen Kinder, und daß die Bezirks-Schulinspektoren jeweils am Ende eines Schuljahres von den Oberschulvorständen derjenigen Orte, an welchen Unterlehrer angestellt sind, den Betrag des Schulgeldes vom abgelaufenen Jahr zu erheben und Gesamtvorlage bezüglich der Verteilung der nach §. 43 des Gesetzes vom 28. Aug. 1835 auf die Unterlehrer fallenden Beträge spätestens am 1. Juni jeden Jahres zu machen haben. Von den mitgetheilten Dienstaufsichten heben wir hervor, daß die evangel. Bezirks-Schulinspektoren Pforzheim dem Pfarrer W. Stiller in Gilmersingen und die kathol. Bezirks-Schulinspektoren Philippsburg dem Pfarrer C. Eberhard in Dieffenthal übertragen wurde.

#### Vermischte Nachrichten.

Berlin, 14. Jan. Hiesige Blätter schreiben: Als der Präsident des Abgeordnetenhauses, Hr. Grabow, hier eintraf, wurde er am Thor angehalten, weil einer seiner Koffer von bedeutendem Umfang verdächtig war, mahl- und schlachtsteuerpflichtige Gegenstände zu enthalten. Bei der Eröffnung ergab sich indessen, daß nur geistige Nahrung darin enthalten war, die seit dem 13. October an das Abgeordnetenhaus eingegangenen Adressen. Da die Zuhalten schloffen, durch welche die westphälischen Deputationen ihre Versicherungen konservativer Gesinnungen zu einem „Schmachhaften Gerichte“ für den Justizminister gemacht hatten, passierte Hr. Grabow die Steuerstelle unangefochten.

Basel, 14. Jan. (Sch. M.) Gestern war hier Uffland'sche Lieder wurden von zwei Gesangsvereinen auf das beste vorgetragen. Besonders aber sprach der Vortrag des Prof. W. Wadernagel an.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Sam. Kroenlein.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 18. Jan. 1. Quartal. 10. Abonnementsvorstellung. Der fliegende Holländer; romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Dienstag 20. Jan. 1. Quartal. 11. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: Der Kopsif; Schauspiel in 1 Akt, nach Meilhac von Hill. Hierauf, zum ersten Male: Eine Parthie Viquet; Lustspiel in 1 Akt, von Fournier und Meyer. Zum Beschluß: Englisch! Posse in 1 Akt, von Görner. Bernet, Chevalier Kocherferrier und Jppelberger: Hr. Theodor Löwe, Oberregisseur des Stadttheaters zu Elberfeld, als erste Gastrolle.

#### Theater in Baden.

Mittwoch 21. Jan. Der Majoratserbe; Lustspiel in 4 Akten, von A. P. z. S. Hierauf: Mylord Cartouche; Lustspiel in 1 Akt, von Poly Henrion.



